

Berlin hält an Castor-Transport fest

Bund: Zum Rückimport verpflichtet

VON FRIEDEMANN KOHLER

Berlin/Brake. Das Bundesumweltministerium hält derzeit am geplanten Castor-Transport aus Großbritannien über Niedersachsen in das Zwischenlager Biblis fest. Es geht damit auch über Bedenken der Regierung in Hannover hinweg. Sie hat gebeten, den Transport des Atomabfalls wegen der Corona-Pandemie ein weiteres Mal zu verschieben. Atomkraftgegner bereiten sich auf die Ankunft des Transports vor.

Nach Kenntnis des Bundesumweltministeriums beobachteten die zuständigen Innenbehörden die Pandemielage sehr genau und bewerteten diese, sagte ein Sprecher von Ministerin Svenja Schulze (SPD). Sie richteten ihre Maßnahmen am Infektionsgeschehen aus. Die Beteiligten hätten ein gesondertes Hygienekonzept erstellt. „Das Bundesumweltministerium hält den Transport zum jetzigen Zeitpunkt für erforderlich.“

Umweltschützer erwarten, dass ein Schiff mit sechs Castor-Behältern aus der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield an der Irischen See im Hafen Nordenham (Kreis Wesermarsch) anlegen wird. Der Transport könnte Anfang November stattfinden. Er hätte eigentlich schon im Frühjahr kommen sollen, war aber wegen Corona verschoben worden.

„Der Transport ist zur Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland erforderlich“, sagte der Sprecher des Bundesumweltministeriums, das auch für nukleare Sicherheit zuständig ist. Die genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung des Transports seien gegeben.

Grüne sagen ihren Parteitag ab

Hannover. Niedersachsens Grüne haben ihren für den 7. November in Hildesheim geplanten Parteitag abgesagt. Stattdessen soll ein Delegiertentreffen im digitalen Format stattfinden. Die eigentlich vorgesehene Neuwahl des gesamten Parteivorstandes muss daher auf das nächste Jahr verschoben werden. Denn Online-Abstimmungen über das Führungspersonal bleiben auch nach der jüngsten Gesetzesänderung verboten. Diese ermöglichen zusätzlich zur üblichen Form nur eine Briefwahl oder ein Aufteilen des Parteitages auf mehrere Orte – Alternativen, die die Grünen nach kontroverser Diskussion wegen vieler Nachteile ausschlossen.

„Die Pandemie-Lage spitzt sich aktuell auch in Niedersachsen zu“, erklärte Grünen-Chef Hans-Joachim Janßen. „Eine Reisetätigkeit von 260 Delegierten aus allen Teilen Niedersachsens halten wir derzeit für nicht angezeigt.“ Man werde online über den Leitantrag zur sozial-ökologischen Transformation beraten und entscheiden, ergänzte die Co-Vorsitzende Anne Kura. „Demokratie muss gerade in Krisenzeiten funktionieren.“ HPM

CORONA-AUSBRUCH

Auf Truppenübungsplatz: Belgische Soldaten infiziert

Hannover/Bergen. Auf dem Truppenübungsplatz Bergen haben sich 68 belgische Soldaten mit dem Coronavirus infiziert. Zusätzlich hätten sich weitere Soldaten vorsichtshalber in Isolation begeben müssen, teilte das Landeskommando Niedersachsen der Bundeswehr am Freitag mit. Mit dem Kommandeur der belgischen Brigade sei vereinbart worden, dass positiv getestete Soldaten unverzüglich nach Belgien zurückkehren müssen. Dies sei umgehend umgesetzt worden. Die Infizierten gehören den Angaben zufolge einer belgischen Brigade mit rund 1065 Soldaten an, die seit Anfang vergangener Woche zum Schießtraining in Bergen seien. Belgien wird derzeit vom Auswärtigen Amt als Corona-Risikogebiet eingestuft. DPA

VERKAUFSOFFENER SONNTAG

Gericht stoppt Pläne in Papenburg

Papenburg. Die Gewerkschaft Verdi hat erfolgreich gegen den in Papenburg geplanten verkaufsoffenen Sonntag am 8. November geklagt. Das Verwaltungsgericht Osnabrück gab am Freitag einem entsprechenden Eilantrag statt. Die Stadt Papenburg wollte am 8. November im Stadtteil Untenende die Geschäfte aus Anlass des Aktionstages „Mobilität – Papenburg in Bewegung“ von 13 bis 18 Uhr öffnen lassen. Das Gericht wies diese Genehmigung zurück. Die Veranstaltung selber müsse für einen Besucherstrom sorgen, der höher sei als der, der nur wegen der geöffneten Geschäfte komme. Das habe die Stadt mit ihren vorgelegten Unterlagen nicht belegen können, der Aktionstag sei lediglich ein „Shopping-Begleitprogramm“, so die Kammer. DPA

„Von einer Mobilitätswende weit entfernt“

Grüne fordern Vorrang für Radfahrer und Fußgänger – und eine feministische Verkehrspolitik

Susanne Menge

sitzt für die Grünen als Abgeordnete im niedersächsischen Landtag. Die Studienrätin aus Oldenburg ist seit drei Jahren Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Mobilität ihrer Partei.

Frau Menge, die Grünen-Frauen befassen sich am nächsten Wochenende in einem Online-Kongress mit Mobilität. Nach gendergerechter Quote und Sprache jetzt auch noch eine feministische Verkehrspolitik?

Susanne Menge: Ja, denn diese ist dringend erforderlich. Eine feministische Verkehrspolitik kommt allen zugute. Das ist bei der bisher männlich geprägten Verkehrspolitik, die vor allem auf den hoch motorisierten Individualverkehr fokussiert ist, nicht der Fall. Diese lässt CO₂-Emissionen steigen. So können wir unsere Klimaziele nicht erreichen. Wir sind von einer echten Mobilitätswende weit entfernt. Und das hat damit zu tun, dass viel zu wenige Frauen in diesem Bereich mitmischen.

Was genau machen die Männer falsch?

Gucken Sie sich doch einfach Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer von der CSU an. Er verkörpert die maskuline Verkehrspolitik, die für starke PS-Leistungen auf breit ausgebauten Straßen und Autobahnen steht. Seine furchtbare Werbekampagne mit den Fahrrädern und Rollern hat gezeigt, dass für den Minister Frauen eher Showobjekte sind, die das Fahrzeugmaterial sexy machen sollen. Da steht Eitelkeit vor kritischem Sachverstand. Und die Autolobby ist dem Minister näher als ein konstruktiver Weg für eine bessere Stadtplanung mit Mobilität.

Sie kritisieren das PS-Geprotze. Wollen Sie die Motorleistung gesetzlich drosseln oder Autos vielleicht sogar komplett aus den Städten verbannen?

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir den Mobilitätssektor in den Metropolen vor allem unter dem Aspekt autogerechter Innenstädte betrachtet. Die hässlichen Hochstraßen in Bremen oder Hannover zeugen davon. Das hatte nichts mit Stadtplanung für Familien, für junge und alte Menschen, die in der Stadt leben und sich dort bewegen, zu tun. Das wollen wir verändern. Wir Frauen sind bei solchen lebenswerten Konzepten viel stärker unterwegs.

Und die Männer sperren Sie aus?

Natürlich nicht. Wir fokussieren uns nicht nur auf Frauen. Bei unserem Kongress sind es zwar ausnahmslos Referentinnen. Aber auch Männer sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Wie maskulin ist den der Verkehr in Niedersachsen?

Die Idee, den privaten Pkw-Verkehr in den Städten deutlich zu reduzieren und dafür den öffentlichen Personennahverkehr erheblich auszubauen, funktioniert hier nicht. Das wird von bestimmten Rahmenbedingungen verhindert. Diese sind immer noch fast ausschließlich von den Interessen der Industrie geleitet. Wer einen Laden, ein Geschäft oder ein Restaurant eröffnen oder Wohnungen bauen will, muss Stellplätze für Autos vorhalten. Autofreie Quartiere zu bauen, scheitert oft an solchen Dingen. Hier muss sich die Denkweise in den Rathäusern und in der niedersächsischen Landesverwaltung endlich ändern. Da hilft ein Blick nach Dänemark.

Aus wollen die Grünen Fußgänger und Radfahrer bevorzugen?

AUS DEM NOTIZBLOCK

Von Konkurrenten und einprägsamen Daten



Peter Mlodoč
und die Woche in Hannover

Mit einem gespielten Schrecken reagierte Niedersachsens CDU-Fraktionsvizechefin Mareike Wulf auf die Nachricht über ihren politischen Konkurrenten. Die Schulpertin aus Hannover strebt im Wahlkreis Holzminde/Hamel eine Kandidatur für die Bundestagswahl 2021 an. Das gleiche Ziel verfolgt dort auch ihr Landtagskollege Helge Limburg von den Grünen. Damit nicht genug: Wulf musste dann noch erfahren, dass es den Göttinger Grünen-Abgeordneten Stefan Wenzel ebenfalls nach Berlin zieht. „Ich hatte doch so gehofft, dass ich diese komischen Grünen endlich loswerde“, erzählte Wulf mit einem unverkennbaren Augenzwinkern. „Und jetzt verfolgen die mich alle.“ Aber wer weiß? Vielleicht entwickelt sich diese Niedersachsen-Connection auch zu einer ganz guten Grundlage für Schwarz-Grün im Bund.

Die Verkündung des Kommunalwahltermins am 12. September 2021 durch Nieder-



Susanne Menge an der Fahrradstation beim Oldenburger Hauptbahnhof. Um den Verkehr in den Städten zu reduzieren, müsse sich die politische Denkweise ändern, sagt sie. FOTO: ANNA KRÄMER

Wenn wir wirklich lebenswerte Städte haben wollen, ja. Wir brauchen mehr Platz für die zu Fuß Gehenden und mehr Raum für die mit dem Rad Fahrenden. Und das ist keinesfalls industrie-feindlich. Denn es bedeutet mehr

Chancen für die Unternehmen, in diesem Sektor Angebote zu machen und neue Absatzmärkte zu erschließen. Wenn wir all das, was in der Autobranche an Modellen und Ideen entsteht, in Fahrräder stecken würden,

wären wir längst weiter. Dann wären Fahrräder sicherere, bequemere und schnellere Fortbewegungsmittel für Menschen und Waren.

Sie stammen aus Oldenburg. Die Stadt gilt gemeinhin als fahrradfreundlich. Ist dies auch tatsächlich so?

Nein. Das stimmt schon seit Jahren nicht mehr. Ich will nicht in Abrede stellen, dass Radfahrende hier im Verkehr oft Vorrang haben. Aber das muss sich oft unter die bestehenden Rahmenbedingungen von Bund und Land unterordnen. Dies will leider die Stadt nicht verändern. Städteplanerisch hat Oldenburg nach dem Krieg eine gute Grundlage geschaffen. Man findet an jeder Straße auch Rad- und Fußwege. Aber deren Dimensionen haben sich längst überholt. Wir brauchen deutlich breitere Wege für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden. Eine richtig tolle Fahrradstadt gibt es in ganz Deutschland nicht. Gute Beispiele finden wir dagegen in den Niederlanden und in Skandinavien.

Die Forderung nach weniger Autos lässt sich in den Städten gut aussprechen. Wie aber kommen im Flächenland Niedersachsen auch weit draußen die Leute bequem und sicher von A nach B?

Wir müssen attraktive, gut nutzbare Angebote machen. Um dies auch zu schaffen, muss man aber eine vernetzte Mobilität auf dem Schirm haben. Die Fahrerei der Kinder zu Musikschulen oder Sportveranstaltungen darf kein umständliches Prozedere für die Eltern bedeuten, so dass diese lieber doch auf den eigenen Pkw zurückgreifen. Dazu gehören neben einem verlässlichen ÖPNV auch Sharing-Modelle für eine gemeinsame Nutzung. Nicht jedem muss unbedingt ein eigenes Auto gehören; das kann man ja auch gut mit anderen teilen.

Bund und Land setzen auf neue Autobahnen; Niedersachsen vor allem auf die A 20 und die A 39. Wie wollen die Grünen solche Projekte noch stoppen?

Wir haben im nächsten Jahr Bundestagswahlen. Wenn sich danach für die Grünen eine Regierungsbeteiligung abzeichnen sollte, wird eine unserer Forderungen ein Moratorium für den Autobahn-Neubau sein. Außerdem wollen wir weg von dem autofixierten Bundesverkehrswegeplan hin zu einem Bundesnetzplan, der Mobilität an die erste Stelle rückt.

Also Bahnen, Busse und Fahrräder?

Straßenbau für immer mehr Autos ist kein Zukunftsmittel. Denn dies hieße, dass die Autobahnen immer weiter gebaut würden. Bei dem Flächenfraß, den wir täglich zu verkraften haben, wäre dies fatal. Wir können nicht wütend auf Brasilien schauen, weil dort die Leute für mehr Weideland die Regenwälder am Amazonas abfackeln. Wir machen ja im Grunde genommen auf kleinem Niveau das Gleiche. Wir nehmen unseren Landwirten wichtige Flächen weg, wir holzen Wälder ab, damit wir mehr Autobahnen bauen können.

Brauchen wir die nicht?

Niedersachsen ist ein sehr gut erschlossenes Bundesland. Die A 20 ist wegen ihres Nutzwertes höchst umstritten, genau wie die A 39. Wir haben Alternativen dazu vorgelegt. Es ist dringend notwendig, dass man kritisch auf die angebliche Notwendigkeit dieser Autobahnen schaut.

Das Gespräch führte Peter Mlodoč.

Verband kört junge Hengste

Verden. Bei der Hengstkörung des Hannoveraner Verbandes in Verden hatten die jungen Springtalente den Vortritt. Von 30 vorgestellten Kandidaten erhielten 16 das begehrte Urteil „gekört“ und kommen vorbehaltlich der Hengstleistungsprüfung für den Deckeinsatz in Betracht. Sechs davon wurden zudem als „Prämienhengste“ herausgestellt. Die Auktion der zweieinhalbjährigen Zukunftshoffnungen für die hannoversche Pferdezucht erbrachte einen Durchschnittspreis von 35 700 Euro.

Den Tageshöchstpreis von 64 000 Euro erlöste ein Sohn des Celler Landbeschälers Grey Top aus der Zucht von Peter Wisch (Otterndorf/Kreis Cuxhaven). Als „Hannoveraner Hengst des Jahres“ wurde mit dem 25-jährigen Forsyth v. For Pleasure ein verdienstvoller Springpferde-Vererber ins Rampenlicht gerückt. Seine Karriere hatte 1997 mit der Körung in der Niedersachsenhalle begonnen, die diesmal wegen der Corona-Verordnungen eine vergleichsweise spärliche Zuschauerkulisse bot. Für den 2016 verstorbenen Züchter Heinrich Eckhoff senior (Beckdorf/Kreis Stade) nahm dessen gleichnamiger Sohn die Auszeichnung entgegen. Das vorsorglich auf fünf Tage gestreckte Programm endet mit der Körung, Prämierung und Versteigerung der 44 Dressurhengste Ende. Zudem wird die „Stute des Jahres“ präsentiert. ASI

hannover@weser-kurier.de